

**11
81**

Union in Deutschland

Bonn, den 2. April 1981

Auf dem Rücken der Arbeitnehmer

Die von der SPD/FDP-Koalition beschlossene Erhöhung der Mineralölsteuer für Benzin und Dieselöl zum 1. April 1981 ist zutiefst arbeitnehmerfeindlich und volkswirtschaftlich schädlich. Sachverständige, Verbände und Gewerkschaften bestätigen dies einmütig. Die CDU bedauert, daß SPD und FDP gerade in einer angespannten konjunkturellen Lage die Automobilindustrie und ihre Zuliefererbetriebe einer unnötigen Belastungsprobe aussetzen und dadurch weitere Arbeitsplätze in Gefahr bringen.

Dies erklärte Helmut Kohl vor dem Parteipräsidium am 30. März 1981 in Bonn und fuhr fort: Erneut tragen SPD und FDP ihre verfehlte Finanzpolitik auf dem Rücken der Arbeitnehmer aus. Viele Arbeitnehmer sind auf das Auto angewiesen, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Sie sind von den beschlossenen Maßnahmen der SPD/FDP besonders hart betroffen.

Zur außenpolitischen Lage: Die CDU verfolgt die Entwicklung in Polen mit großer Sorge. Sie ist jedoch nach wie vor davon überzeugt, daß die Polen ihre Probleme aus eigener Kraft lösen können. Eine politische wie militärische Einmischung von außen, von welcher Seite auch immer, kann durch nichts gerechtfertigt werden und steht nicht

(Fortsetzung auf Seite 2)

TORNADO

Warum hat Apel nicht alle Karten auf den Tisch gelegt?

Seite 5

VERTEIDIGUNG

Fraktion ergreift neue Initiativen

Seite 6

NATO

Die Bundesregierung hält ihre Versprechungen nicht

Seite 7

MEDIEN

Das Bild der Frau wird meistens verzerrt dargeboten

Seite 8

KOMMUNEN

Ausgabenträchtige Gesetze müssen gestoppt werden

Seite 11

CDU

NIEDERSACHSEN

Lauterbacher Programm wurde fortgeschrieben

Seite 13

FLUGBLATT

Mineralölsteuererhöhung

Seite 15

ÖFFENTLICH-KEITSARBEIT

Neuvorstellungen

rosa Teil

DOKUMENTATION

Betrifft: Hans-Joachim Vogel

grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

zuletzt in eklatantem Widerspruch zur gemeinsamen Schlußerklärung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die auch von der Sowjetunion, der CSSR und der DDR unterzeichnet worden ist.

Das gilt auch für die Androhung von Gewalt, die gegenüber Polen immer unverhüllter in der sowjetischen Presse oder durch sogenannte Manöver von Warschauer-Pakt-Truppen zum Ausdruck kommt. Die CDU fordert die Bundesregierung auf, der Sowjetunion und ihren Verbündeten entschiedener als bisher klarzumachen, welche Folgen eine Politik der Androhung oder Anwendung von Gewalt gegenüber Polen für den Frieden, die Sicherheit und die Zusammenarbeit in Europa und weltweit nach sich ziehen würde.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands wird Erfolg oder Mißerfolg der Reise des Bundesaußenministers nach Moskau daran messen, ob es ihm gelingt, den sowjetischen Gesprächspartnern gegenüber die Grundposition der deutschen Außenpolitik zu verdeutlichen. Unverzichtbare Grundlage deutscher Außenpolitik ist die Ein-

bindung in das Atlantische Bündnis und die enge Freundschaft zu den Vereinigten Staaten von Amerika.

Das Festhalten am NATO-Doppelbeschuß darf durch keinerlei Zweifel getrübt werden. Breschnews Moratoriums-Vorschlag ist keine annehmbare Verhandlungsgrundlage, da es lediglich sein Ziel ist, einzelne NATO-Länder aus der Solidarität des Bündnisses herauszubrechen. Die CDU fordert Minister Genscher dazu auf, dies unmißverständlich zum Ausdruck zu bringen.

Die Mission des Bundesaußenministers in Moskau wird dadurch erschwert, daß er eine in den Grundfragen unserer Außen- und Sicherheitspolitik heillos gespaltene Koalition vertritt. Der eine Teil legt in Washington Treueschwüre und Sympathiekundgebungen ab. Der andere Teil vertritt zu Hause unverhüllten Antiamerikanismus. Der eine Teil der Koalition lehnt ein rüstungskontrollpolitisches Moratorium entschieden ab, der andere befürwortet es. Der Kanzler ist offensichtlich nicht mehr in der Lage, die Grundzüge deutscher Außenpolitik verbindlich festzulegen und eine entsprechende Kabinettsdisziplin durchzusetzen.

■ INFORMATION

Mehr Rechtssicherheit beim Kinderbetreuungsbetrag

Durch eine parlamentarische Anfrage im Deutschen Bundestag hat sich der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand, MdB Hansheinz Hauser, bemüht, mehr Rechtssicherheit beim Abzug von Kinderbetreuungskosten nach § 33 a Absatz 3 Einkommensteuergesetz zu erreichen. Der Staatssekretär des

Bundesfinanzministeriums hat nunmehr geantwortet und mitgeteilt: „Aufwendungen für Dienstleistungen zur Beaufsichtigung oder Betreuung eines Kindes dürfen nach § 33 a Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 EStG grundsätzlich nur berücksichtigt werden, soweit sie nachgewiesen oder glaubhaft gemacht werden. Werden nicht mehr als 300 Mark/600 Mark (Hälfte der Höchstbeträge) je Kind im Kalenderjahr geltend gemacht, kann das Finanzamt in der Regel von einer Nachprüfung absehen.“

Diese Verwaltungsanweisung entspricht

Bundespartei unterstützt Berliner CDU

Auf mehr als 100 Veranstaltungen spricht der CDU-Spitzenkandidat Richard von Weizsäcker während des Wahlkampfes in Berlin. Er und seine Mannschaft werden bei den massiven Wahlkampfeinsätzen tatkräftig von der Bundespartei unterstützt. So weilt Helmut Kohl an sechs Tagen in Berlin. Gemeinsam mit Richard von Weizsäcker spricht er am 2. April auf der Großkundgebung der CDU in der Eissporthalle. Drei Tage später, am 5. April, tagt unter Vorsitz von Helmut Kohl der CDU-Bundesvorstand in Berlin. Neben Kohl unterstützen alle Bundesvorstandsmitglieder die Berliner CDU für die Wahlen am 10. Mai. Generalsekretär Geißler kommt für drei Tage, Walther Leisler Kiep ebenfalls; weitere Wahlkampfeinsätze-

ze bestreiten Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht, der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel und Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, der auf der Abschlußkundgebung der CDU am 7. Mai sprechen wird. Ebenso wird Bundestagspräsident Richard Stücklen mehrere Termine in Berlin wahrnehmen. Am langen Wochenende vom 30. April bis 3. Mai werden mehr als 100 CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete sowie Junge Union und RCDS aus dem gesamten Bundesgebiet am Deutschland-Canvassing der Berliner CDU mit einer Fülle von Veranstaltungen in der ganzen Stadt teilnehmen.

der im Vermittlungsverfahren zum Steueränderungsgesetz 1981 von der CDU/CSU durchgesetzten bundeseinheitlichen Verwaltungsregelung.

In welchen Fällen eine Nachprüfung geboten ist, kann nach Auffassung des Bundesfinanzministeriums nicht generell bestimmt werden. Insoweit besteht ein Ermessensspielraum des Finanzamtes. Diese Regelung gilt nunmehr aufgrund von gleichlautenden Ländererlassen nach Auskunft des Bundesfinanzministeriums einheitlich bundesweit. Allerdings werden in den Ländern unterschiedliche Anforderungen an die für den Abzug der Kinderbetreuungskosten innerhalb der Nichtbeanstandungsgrenzen bestehende Darlegungslast des Steuerpflichtigen gestellt. Die Länderfinanzminister sollen dafür sorgen, daß die Nichtbeanstandungsgrenze einheitlich gehandhabt wird.

Kritik an der gymnasialen Oberstufe

Scharfe Kritik an der Reform der gymnasialen Oberstufe hat die Kultusministerin von Rheinland-Pfalz, Hanna-Renate Laurien, geübt. In der Wochenzeitung „Rheinischer Merkur/Christ und Welt“ vom 27. März erklärte sie, es gebe „in mehr als einem Bundesland Oberprimaner ohne Deutsch-, Mathematik- und Fremdsprachenunterricht. Damit schrumpfen die Maßstäbe der Studierfähigkeit“. Hanna-Renate Laurien plädiert für eine baldige Änderung der Kultusminister-Vereinbarung von 1972. Bessere Allgemeinbildung lasse sich nur erzielen, wenn sich die Grundkurse in der Gesamtnote nachhaltiger als bisher auswirken. Nach Auffassung der Ministerin werden die Leistungskurse derzeit überbewertet. Die Jugend

dürfe nicht durch breite Abwahlmöglichkeiten schwieriger Fächer zu der Devise verführt werden: „Maximierung des Ertrages bei Minimalisierung des Arbeitsaufwandes“.

Gesamtschule leistet weniger

Gesamtschüler lernen weniger als Kinder an Hauptschulen, Realschulen oder Gymnasien. Sie sind gleichzeitig aggressiver, und ihre Schulen sind 50 Prozent teurer als das gegliederte Schulsystem. Zu diesem Ergebnis kommt der Deutsche Philologenverband, die Vertretung der Gymnasiallehrer, nach einer Analyse der wichtigsten Gesamtschulgutachten.

Der Verbandsvorsitzende Fluck sagte in Bonn: „In der Gesamtschule lernen die Kinder weniger als im gegliederten Schulwesen. Die besondere Förderung von Unterschichtenkindern steht nur auf dem Papier. Das Klima an den Gesamtschulen ist kalt. Es verhindert mittenschlichte Beziehung, fördert jedoch den Egoismus, Aggressionen und Gewalt gegen Personen und Sachen.“ Hinzu komme, daß die Gesamtschulen doppelt so viele Sachkosten und ein Drittel mehr an Personalkosten verschlängen. Besondere Begabungen verkümmerten, individuelle Förderung finde nicht statt. Fluck: „Die Einführung der Gesamtschule als Regelschule wäre eine unverantwortliche Fehlplanung.“

Mitgliederzuwachs bei der Jungen Union

Die Junge Union hat in den vergangenen zwölf Monaten mehr als 19 000 neue Mitglieder gewonnen. Dadurch wurde ein Zuwachs (nach Abzug der Ausgeschiedenen über 35 Jahre) von 13 000 Mitgliedern erzielt. Die Junge Union nähert sich mit ihrer Mitgliederzahl der Schallgrenze von 260 000, eine

Zahl, die nach Ansicht des JU-Vorsitzenden Matthias Wissmann noch in diesem Frühjahr erreicht werden müßte. Wissmann sieht darin ein Zeichen dafür, daß es nicht einen umfassenden Trend der Abkehr junger Menschen von den Parteien gibt.

Kommission für Verbraucherpolitik

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat eine „Kommission für Verbraucherpolitik“ eingesetzt. Vorsitzender ist der Abgeordnete Herbert Helmrich, seine Stellvertreterin die Abgeordnete Michaela Geiger. Weitere Mitglieder sind die Abgeordneten Kurt Falthäuser, Hermann Fellner, Adolf Herkenrath, Peter Kittelmann und Conrad Schroeder.

CDU in NRW will Müllabfuhr privatisieren

Einen Neubeginn der Debatte über die Privatisierung öffentlicher Aufgaben angesichts der désolaten Staatsfinanzen auch im Lande Nordrhein-Westfalen hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Ottmar Pohl, von der Landesregierung gefordert. Anlaß für diese Forderung des Kölner Abgeordneten ist die vor wenigen Tagen veröffentlichte Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft, die bei Privatisierung von Staatsaufgaben Einsparungen von Millionen Mark von Steuergeldern nachweist.

Durch eine mündliche Anfrage in dieser Angelegenheit an den Innenminister Dr. Schnoor für die Landtagssitzung will Pohl erreichen, daß die Landesregierung ihre bisherige negative Haltung aufgibt und eine Privatisierung von Hilfsätigkeiten des Staates — Gebäudereinigung, Druckerei — und von Aufgaben im Dienstleistungsbereich — Müllabfuhr, Schlachthöfe — überdenkt.

TORNADO

Warum hat Apel nicht alle Karten auf den Tisch gelegt?

Haben Untersuchungsausschüsse einen Sinn? So fragten in diesen Tagen zahlreiche Bürger in Briefen, bei Veranstaltungen oder am Telefon den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses im Deutschen Bundestag, MdB Werner Marx. Hier seine Antwort:

Daß der Verteidigungsausschuß im Deutschen Bundestag sich zum Untersuchungsausschuß in der Tornado-Frage konstituieren mußte, hat manche seiner Mitglieder gar nicht gefreut; denn nun müssen sie neben der Arbeit, die im „normalen“ Verteidigungsausschuß bewältigt werden soll, noch zusätzlich als Untersuchungsausschuß die vielschichtigen und höchst komplizierten Entwicklungen des Tornado-Falles nachzeichnen.

Natürlich muß man sich fragen, ob bei den Vorgängen um Beschaffung, Planung und Finanzierung des Mehrzweckkampfflugzeuges Tornado tatsächlich das Urteil des Untersuchungsausschusses unumgänglich war. Mich selbst hatte die Überzeugung beherrscht, daß der Bundesminister der Verteidigung, wenn er nur richtig beraten gewesen wäre, die Untersuchung hätte vermeiden können und sollen. Warum hat er es nicht getan? Weshalb hat er nicht im Verteidigungsausschuß alle Karten auf den Tisch gelegt und rückhaltlos die Wahrheit gesagt?

Es läßt sich nur sehr schwer begreifen, daß er es dahin kommen ließ, daß nun — unter der Androhung des Eides — Staatssekretäre, hohe Soldaten und Beamte aussagen müssen, was sie wissen. Das nämlich ist der Sinn dieses Verfahrens:

Im Verteidigungsausschuß müssen alle Angehörigen des Verteidigungsministeriums die Meinung des Ministers vortragen. Da der Bundesminister als eine wichtige politische Figur die Verantwortung seines Dienstbereiches gegenüber dem Parlament trägt, entscheidet er, wer und was man vor dem Verteidigungsausschuß aussagt. Entsteht dort aber der Eindruck, daß Aussagen unterdrückt werden oder nicht die volle Wahrheit, vielleicht sogar nur die halbe Wahrheit gesagt wurde, so hilft nur das Verfahren eines Untersuchungsausschusses. Er beruft die Zeugen und Sachverständigen, die ohne politische Rücksichtnahme aussagen müssen.

Der Untersuchungsausschuß zu den Vorgängen um das Kampfflugzeug MRCA-Tornado hat gute Chancen, die volle Wahrheit zu erfahren. Nicht nur in jener Frage, die die CDU/CSU besonders interessiert, nämlich wann Minister Apel von den finanziellen Lücken erfahren hat, sondern auch um zu sehen, wie mutig und selbstbewußt Offiziere und Fachbeamte gewesen sind...

■ VERTEIDIGUNG

Faktion ergreift neue Initiativen

Immer häufiger müssen Kompaniechefs feststellen, daß die jungen Wehrpflichtigen überhaupt nicht mehr wissen, weswegen sie eingezogen worden sind. Der Sinn der Verteidigung und des Wehrdienstes sind teilweise völlig unbekannt.

Geraade die Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik leiden unter mangelndem Verständnis, ja schon an Verständnisbereitschaft, besonders bei der Jugend, erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Peter-Kurt Würzbach.

Verantwortlich für die Entwicklung ist die Bundesregierung. Bevor sie einmal über Verteidigung und Bedrohung spricht, hat sie zehnmal über Entspannung gesprochen. Die Krawalle um die öffentlichen Gelöbnisse haben dokumentiert, daß Bundeskanzler Schmidt nicht einmal seine eigene Partei von der Notwendigkeit der Bundeswehr überzeugen kann.

Resultat dieser Politik ist, daß die Bundeswehr, die Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch an unseren Schulen keinen angemessenen Stellenwert haben. Erlasse, Rahmenrichtlinien, Lehrerausbildung, Schulbücher und andere Faktoren schulischer Bildungsarbeit lassen zu wünschen übrig.

Dazu einige Beispiele:

— 42 % der 1975 vom Ifnas-Institut be-

fragten Lehrer sprechen gar nicht über die Bundeswehr im Unterricht,

— für 6 Millionen Schüler im Alter zwischen 15 und 20 Jahren gibt es nur 57 Jugendoffiziere, d. h., auf einen Jugendoffizier entfallen in der Betreuung und Information ca. 100 000 Schüler.

— Die Darstellung der Bundeswehr nimmt in den Schulbüchern nur einen minimalen Raum ein, wenn sie überhaupt erwähnt wird.

Die Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Faktion wird deshalb in der Reihe „Jugend und Gesellschaft“ in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung die damit im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich vorliegenden Problemfelder der Wehrungerechtigkeit, der Kriegsdienstverweigerung, der Verteidigungsbereitschaft, der Wehrmotivation, der Landesverteidigung und das Verhältnis Schule und Bundeswehr verstärkt aufgreifen.

Damit will die CDU/CSU einen Beitrag zum Abbau des sicherheitspolitischen Bildungsdefizits leisten. Der Union geht es darum, daß eine Erziehung zu der Bereitschaft, unser freiheitliches System durch den Dienst in der Bundeswehr zu verteidigen, wirkungsvoll erhöht wird:

— den jungen Menschen muß unser Staat als verteidigungswürdig dargestellt werden,

— es muß eine sachliche Auseinandersetzung mit pazifistischen Konzepten geleistet werden,

— den Schülern muß erläutert werden, daß die Bundeswehr im Rahmen des atlantischen Verteidigungsbündnisses die Aufgabe hat, das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes zu verteidigen und damit den Frieden zu sichern.

■ NATO

Die Bundesregierung hält ihre Versprechungen nicht

Scharfe Angriffe gegen Bundesverteidigungsminister Hans Apel und die Sicherheitspolitik der Bundesregierung hat der Verteidigungsexperte und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Manfred Wörner, in einem Interview mit dem „Mannheimer Morgen“ geübt.

Die Stellung der Bundesrepublik im Bündnis ist zweifach gefährdet: Einmal durch Unklarheiten und mangelnde Verlässlichkeit in bündnispolitisch wichtigen Entscheidungen. Zum zweiten ist sie geschwächt dadurch, daß die Bundesrepublik ihren internationalen Verpflichtungen im Sicherheitsbereich nicht mehr nachkommt.

Es steht fest, daß wir das langfristige Verstärkungsprogramm der NATO nicht erfüllen, wie wir das versprochen haben; es steht fest, daß wir in unseren Verteidigungsleistungen unter dem bleiben, was wir feierlich international zugesagt haben und daß wir auch die versprochene Entlastung der Amerikaner in Europa dafür, daß sie an den Golf gehen, nicht durchführen. Die Bundesrepublik riskiert es, mehr und mehr in die außenpolitische Isolierung zu geraten. Denn es ist offenkundig, daß die neue amerikanische Regierung die Rolle Frankreichs und auch Großbritanniens aufzuwerten beginnt.

Das ließe sich ändern, erstens dadurch, daß wir zusammen mit der amerikani-

schen Regierung einen eindeutigen und klaren strategisch-politischen Kurs der aktiven Friedenssicherung gegenüber der Sowjetunion durchsetzen. Und zweitens, daß wir unsere Bündniszusagen erfüllen, das heißt, daß wir an der Verwirklichung des Nachrüstungsbeschlusses festhalten, das langfristige Verstärkungsprogramm erfüllen, und drittens, daß wir unsere Streitkräfte nicht weiter schwächen, sondern das an Kampfkraft und Einsatzbereitschaft aufrechterhalten, was seither die Bundeswehr zu einem der stärksten Faktoren der Verteidigung und Friedenssicherung macht.

Die CDU/CSU hat in den vergangenen Jahren ganz konsequent eine Politik betrieben, deren Hauptinteresse die Sicherung unserer Verteidigungsfähigkeit, d. h. die Sicherung des Friedens war. Und wir haben die Regierung in wesentlichen Punkten dort gestützt, wo sie eine Politik betrieben hat, die diesem Ziele dient.

Jetzt ist der Punkt erreicht, wo wir den Eindruck haben, daß die Regierung diese Aufgabe nicht mehr bewältigt, daß sie die Sicherheit der Bundesrepublik zu vernachlässigen beginnt, daß sie die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte schwächt und daß sie Konfliktstoffe im Bündnis aufhäuft, die uns, die Bundesrepublik Deutschland, in eine verhängnisvolle Lage gegenüber den USA bringen.

MEDIEN

Das Bild der Frau wird meistens verzerrt dargeboten

In der Debatte zum Bericht der Enquete-Kommission Frau und Gesellschaft führt die Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Fraktion, MdB Dorothee Wilms, zum Thema „Frau und Medien“ u. a. aus:

Die Medien eröffnen den Frauen und den Familien neue Möglichkeiten der Bildung, Information und Unterhaltung: Sie schaffen damit auch neue Kontaktmöglichkeiten für Frauen, denn die Weiterbildung ist nur im Medienverbund effektiv; Frauengruppen und Verbänden erwachsen hier neue Aufgabenfelder, die sie noch längst nicht hinreichend aufgegriffen haben.

Medien in ihrer Vielfalt schaffen Freiheitsraum für den Menschen mit allen Vorteilen und Risiken. Aus diesem Grunde weigern wir uns, den ohne Zweifel vorhandenen Mißbrauch der Medien etwa durch Überkonsum als Ausgangspunkt für die Diskussion des Themas Frau/Familie und Medien zu wählen. Ich bin daher nicht der Auffassung des Herrn Bundeskanzlers, der — auch im vermeintlichen Interesse der Frauen und Familien — am liebsten einer medienpolitischen Rationierung durch Einschränkung des Fernsehangebots das Wort redet.

Gerade in der Medienpolitik und gerade für Frauen können Verbote nicht weiterhelfen. Nach unserer Überzeugung bie-

tet eine größere Vielfalt des Angebots nicht nur ein Mehr an Quantität, sondern auch an Qualität und an zielgruppenorientiertem Angebot und damit eine größere Chance zur verantworteten Freiheit.

Der Enquete-Bericht legt eine Grundproblematik der öffentlich-rechtlichen Medien offen. Einerseits sind sie als öffentlich-rechtliche Anstalten dem Verfassungsgebot der Gleichberechtigung verpflichtet. Andererseits tragen sie nach Auffassung der Enquete-Kommission aufgrund ihrer „Absatzorientierung“ — d. h. ihrer Ausrichtung nach Einschaltquoten — eher zur Bestätigung bestehender Werthaltungen als zu deren Veränderung bei.

Dieses Dilemma zwischen Verfassungsauftrag und „Angebotsorientierung“ zeigt sich auch am Beispiel des Bildes der Frau in den Medien. Die meist kischeschehafte Darstellung der Frau in den Medien ist vielfach beklagt worden.

Der Enquete-Bericht wiederholt diese Klage. Die Darstellung der Frau als vernachlässiges Heimchen am Herd, als weibliche Haushaltsmanagerin mit lackierten Fingernägeln, als übertrieben exaltierte Emanze oder als Sex-Idol wird weder den vielfachen Aufgaben, noch dem Lebensverlauf oder gar der Würde der Frauen gerecht. Auch schaffen solche Darstellungen nicht gerade ein der Gleichberechtigung der Frau dienliches Klima.

Notwendig und der Lebenswirklichkeit entsprechend wäre ein Bild der Frauen in den Medien, das die unterschiedlichen Rollen berücksichtigt. Das bestehende System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird dieser Aufgabe differenzierter und pluraler Darstellung der Frau — aus welchen Gründen auch immer — nicht gerecht.

■ KOALITION

SPD-Mitglieder kehren ihrer Partei den Rücken

Nicht nur in Hamburg, sondern auch in anderen großstädtischen Ballungsräumen kehren enttäuschte SPD-Mitglieder ihrer Partei den Rücken. Wie eine interne Umfrage des neuen SPD-Bundeschäftsführers Glotz ergab, sieht es nur in den Ruhrgebietsgemeinden sowie in konservativ-ländlichen „Diaspora“-Gegenden für die SPD weniger schlecht aus, schreibt der Bonner „Mittwoch-Dienst“.

Glotz führt viele der Schwierigkeiten aus den letzten Wochen und Monaten auf die „Bonner Glocke“ zurück, wo „Politiker mit Politikern, Politiker mit Journalisten und dann und wann auch noch mit Diplomaten sprechen“, ohne jedoch unmittelbaren Kontakt zur Basis zu haben. Dort, so will Glotz festgestellt haben, bewege die Genossen das Thema Hansen beispielsweise sehr viel weniger als etwa die Frage, ob die Kilometerpauschale erhöht werde oder nicht.

Gleichwohl weiß die SPD-Führung, daß sie an den beiden großen partiointernen Konfliktherden, der Energiepolitik und der Zukunft des NATO-Doppelbeschlusses, nicht vorbeikommt. Die Parteistrategen im Ollenhauer-Haus rechnen damit, daß die Stimmung gegenüber dem mit einem Verhandlungsangebot gegenüber Moskau gekoppelten Nachrüstungsbeschuß noch kritischer werden wird, falls es bei den im Oktober letzten Jahres angelaufenen Gesprächen zwischen den beiden Supermächten bis Ende 1981 nicht zu Fortschritten kommt.

Berliner FDP nur knapp für alte Koalition

Nur eine hauchdünne Mehrheit hat der Landesvorstand der Berliner FDP auf einem Landesparteitag für seine Wahlaussage erhalten, in der eine Fortsetzung des Regierungsbündnisses mit der SPD nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 10. Mai angestrebt wird. Für den Vorstandsantrag stimmten 112 Delegierte, 109 votierten dagegen, drei enthielten sich der Stimme.

SPD-Bezirk Mittelrhein kritisiert Reagan

Trotz der jüngsten Beschlüsse des SPD-Vorstandes in Bonn zur Sicherheitspolitik der NATO und der Bundesregierung sowie zum Komplex Nachrüstung und Abrüstungsverhandlungen wird in wichtigen Gliederungen der Partei die Politik der Regierung Reagan weiter offen kritisiert. Auf dem Bezirksparteitag Mittelrhein bekräftigte der Bezirksvorsitzende Schlatter, der auch zur nordrhein-westfälischen Parteiführung gehört, das Verhalten der neuen amerikanischen Regierung sei unkalkulierbar geworden.

Schlatter wandte sich indirekt auch gegen Verteidigungsminister Apel. Wer in Washington volle Übereinstimmung mit der Regierung Reagan geltend mache, sagte er, sei nicht mehr in voller Übereinstimmung mit der Sozialdemokratie. Schlatter wurde nach dieser Rede mit 117 von 196 Delegiertenstimmen wiedergewählt.

Auf dem Bezirksparteitag gelang dem früheren parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Wienand, die Rückkehr in die Politik. Wienand, der vor Jahren über die Pan-International-Affäre gestürzt war und al-

le Parteiämter niederlegen mußte, ließ sich als Beisitzer in den Bezirksvorstand wählen. Er scheint abermals ein Bundestagsmandat anzustreben.

SPD „notfalls“ auch mit den Alternativen

Die Berliner Sozialdemokraten sind bereit, zur Erhaltung der SPD/FDP-Koalition notfalls auch ein Arrangement mit der Alternativen Liste einzugehen. Das erklärte der in Bonn residierende neue SPD-Landesvorsitzende, Peter Glotz, am Rande des SPD-Landesparteitages gegenüber der Presse. Die „Alternative Liste“ hat unter anderem den wegen Beteiligung an der Lorenz-Entführung zu elf Jahren Haft verurteilten Gerald Klöpper als Kandidaten für eine Bezirksverordnetenversammlung aufgestellt und tritt im übrigen für einen Abzug der Schutzmächte aus Berlin ein.

Die schlechte Stimmung innerhalb der Berliner Sozialdemokraten zeigte sich unter anderem daran, daß von 256 Delegierten 65 fehlten, davon 35 unentschuldigt.

Glotz-Vorschläge ein Dokument der Ratlosigkeit

Zu den Vorschlägen des SPD-Bundesgeschäftsführers Glotz, zur Eindämmung der Spekulation die Grundsteuer zu erhöhen und das Bodeneigentum in ein Eigentums- und Nutzungsrecht zu trennen, erklärt der CSU-Bundestagsabgeordnete Oscar Schneider, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Die Vorschläge des SPD-Bundesgeschäftsführers sind Ausdruck der Ratlosigkeit und Unfähigkeit der SPD, die Schwierigkeiten und Engpässe in der Wohnungsversorgung zu lösen. Sie

stellen den Versuch dar, die privatschaftliche Ordnung zu überwinden und durch ein sozialistisches Bodenrecht zu ersetzen, nachdem die Privatiniziativ am Wohnungsmarkt durch überzogene dirigistische und administrative Eingriffe erstickt worden ist.

SPD-Betriebsratsvorsitzender stimmt für CDU-Entwurf

Der Betriebsratsvorsitzende des Stahlwerkes Peine/Salzgitter, Günter Gerlach (SPD), hat sich auf dem Parteitag des SPD-Unterbezirkes Peine (23. März 1981) für den CDU-Entwurf zur Montanmitbestimmung und gegen den SPD/FDP-Koalitionsentwurf ausgesprochen. Gerlach stellte laut „Peiner Nachrichten“ fest: Wir sollten uns nicht die Augen verkleistern, sondern erkennen, daß der von der Opposition unterbreitete Vorschlag dem Arbeitnehmer mehr Sicherheit bietet ...

Späte Erkenntnisse von Matthöfer

Bundesfinanzminister Matthöfer hat am 18. März 1981 vor dem Finanzausschuß einen Bericht gegeben. Bemerkenswert waren dabei seine Ausführungen über die Fehlentwicklung, daß staatliche Transfer-Leistungen und die Nettoeinkommen der arbeitenden Bürger nicht selten in einem Mißverhältnis stünden. Es dürfe sich nicht die Stimmung breitmachen, „daß regelmäßiges Arbeiten sich im Grund gar nicht lohne“. Damit schwenkt der Bundesfinanzminister in einer wichtigen Frage auf die Linie ein, welche die CDU/CSU seit Jahren vertreibt. Aber Erkenntnisse allein genügen nicht. Die Bundesregierung muß handeln, stellte der finanzpolitische Sprecher MdB Hans-Jörg Häfele fest.

■ KOMMUNEN

Ausgabenträchtige Gesetze müssen gestoppt werden

Bei der Finanzsituation der Gemeinden herrscht wieder einmal höchste Alarmstufe. Die Kommunen rechnen mit einem Finanzierungsdefizit von über sechs Milliarden in diesem Jahr, erklärte der Bundesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV), MdB Horst Waffenschmidt.

Aufgrund der schlechten Finanzsituation werden die Investitionen der Gemeinden 1981 um rd. 10 Prozent abnehmen. Das bedeutet bei den Bauinvestitionen ein Minus von rd. drei Mrd. DM.

Die Neuverschuldung der Gemeinden wird 1981 erheblich höher liegen als in den Vorjahren: Es ist eine Bruttokreditaufnahme von rd. 12 Mrd. DM erforderlich. Die Finanzsituation der Gemeinden hat sich insbesondere aufgrund folgender Umstände verschlechtert:

Die laufenden Ausgaben aufgrund der Gesetze und als Folgekosten der Investitionen der Vorjahre steigen weiter erheblich an, z. B. die Ausgaben für Soziales von 14,1 Mrd. DM 1979 bzw. 15,6 Mrd. DM 1980 auf 17 Mrd. DM 1981 und der Personalaufwand von 38,7 Mrd. DM 1979 bzw. 41,8 Mrd. DM 1980 auf 44 Mrd. DM 1981.

Andererseits ergeben sich kommunale Mindereinnahmen 1981 durch folgende Tatbestände:

— 2 Mrd. DM Mindereinnahmen auf-

grund der jüngsten Steuerschätzung infolge schlechterer Wirtschaftsentwicklung.

— 1 Mrd. DM Mindereinnahmen durch Kürzung allgemeiner und zweckgebundener Zuweisungen der Länder an die Kommunen. Die Kürzung der Zuweisungen ist zum Teil auf die Beteiligung der Länder an der Kindergelderhöhung des Bundes zurückzuführen.

— 3,3 Mrd. DM Mindereinnahmen auf Grund des Steuerentlastungsgesetzes 1981.

Nach den Erklärungen der SPD/FDP-Koalition in Bonn sollen in dieser Wahlperiode weitere kostenträchtige Gesetze verabschiedet werden, die den Gemeinden erhebliche zusätzliche Ausgaben bringen würden, z. B. Staatshaftrungsrecht, neues Jugendhilferecht und Verkehrslärmschutzgesetz.

Außerdem bringen die bereits vorgelegten Gesetzesinitiativen der Bundesregierung im sog. Subventionsabbauge setz erhebliche zusätzliche Belastungen für die Gemeinden, z. B. bei der Streichung der Gasöl-Betriebsbeihilfe für den öffentlichen Personennahverkehr und bei der verstärkten Besteuerung der kommunalen Sparkassen.

Die jährlichen Belastungen für die Gemeinden aus allen diesen Gesetzesinitiativen der Koalition werden rd. 2 Mrd. DM betragen.

Der Bundeskanzler hat sein Versprechen aus der letzten Wahlperiode, den

Gemeinden zusätzliche erhebliche Lasten nur bei entsprechendem finanziellem Ausgleich zuzumuten, für diese Wahlperiode nicht erneuert.

Die Kommunalpolitiker der Union lehnen es ab, durch Erhöhung kommunaler Steuern und Abgaben das Geld zu mobilisieren, das die Bundesregierung und die SPD/FDP-Koalition für die Ausführung der von ihnen geplanten Gesetze bereitstellen müßten.

Die Bundesregierung betreibt mit ihren jüngsten Gesetzesinitiativen eine einseitige Politik zu Lasten der großflächigen ländlichen Gebiete und der strukturschwachen Räume in der Bundesrepublik Deutschland. Es handelt sich um folgende Maßnahmen:

- Ersatzlose Streichung von 650 Personenzügen der Deutschen Bundesbahn im Nahverkehr;
- Kürzung der Mittel für den Fernstraßenbau;
- Kürzung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ um 20 Prozent;
- Erhöhung der Mineralölsteuer, die besonders die Pendler trifft, die auf das Auto angewiesen sind;
- Streichung der Gasöl-Betriebsbeihilfe für den öffentlichen Personennahverkehr, was besonders den Busverkehr im ländlichen Raum trifft.

Mit dieser Politik mißachtet die Bundesregierung den Auftrag des Grundgesetzes, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen des Bundesgebietes zu schaffen. Diese Bündelung von Nachteilen ist eine Kahlschlagpolitik zu Lasten weiter Bereiche unseres Landes. Diese Politik dient auch nicht den Ballungsräumen; denn auf Dauer wird die Landflucht und damit der Bevölkerungsdruck auf die Ballungsräume sowie Ballungsrandzonen verstärkt, was dort

neue Probleme für Wohnungsbau, Verkehr und Arbeitsplätze hervorruft.

Die Kommunalpolitiker der Union fordern eine klare Koordination von Fach- und Finanzplanung. Manches ist wünschenswert, aber angesichts der schwierigen Finanzlage bei Bund, Ländern und Gemeinden sollten weitere ausgabenträchtige Gesetze nicht verabschiedet werden.

Wichtigste Ziele der Kommunalpolitiker der Union sind jetzt

- Überwindung der Talfahrt der Wirtschaft
- Hilfe bei der Stärkung der Investitionsfähigkeit der Betriebe
- Unterstützung zur Erhaltung von Arbeitsplätzen und Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten.

Um diese Ziele zu erreichen, werden sich die Kommunalpolitiker der Union in den Städten und Gemeinden soweit wie eben möglich darum bemühen, im Jahre 1981 die Erhöhung kommunaler Steuern zu vermeiden.

Erhaltung und Stärkung der Investitionskraft der Gemeinden ist eine der dringendsten finanzpolitischen Aufgaben von Bund und Ländern. Die Gemeinden erbringen $\frac{2}{3}$ der öffentlichen Investitionen und schaffen zugleich auch viele Voraussetzungen für private Investitionen, insbesondere im Bereich von Versorgung und Entsorgung. Die kommunalen Investitionsaufgaben sind durch die Baumaßnahmen der letzten Jahre keineswegs abgeschlossen, sondern sie haben sich auf andere Aufgabengebiete verlagert.

Besonders große Aufgaben stehen an im Bereich des Umweltschutzes, beim Bau von Kläranlagen und Abwasserbe seitigungseinrichtungen, bei der Erschließung neuer Wohngebiete und bei der Stadt- und Dorferneuerung.

■ CDU NIEDERSACHSEN

Lauterbacher Programm wurde fortgeschrieben

Nach über zehnstündiger offener und gründlicher Diskussion hat am 27./28. 3. 1981 die Niedersachsen-CDU ihr aus dem Jahre 1973 stammendes Lauterbacher Programm fortgeschrieben und den Gegebenheiten der aktuellen Politik angepaßt. Über 600 Delegierte debattierten mit großer Geduld und Gelassenheit rund 540 Anträge, den Entwurf der Programmkommission und die Vorschläge der Antragskommission.

Bei etlichen Punkten gab es kontroverse Debatten, die Partei blieb aber stets konsensfähig. Parteitagsbeobachter konstatierten deshalb mit Erstaunen die außerordentlich große Geschlossenheit der Partei.

Nach ihrem nun fortgeschriebenen Programm verstehen sich die niedersächsischen Christdemokraten sowohl als „progressiv“ und „konservativ“ wie auch als „liberal“ und „sozial“. Das Adjektiv „christlich“ fehlt in dieser Ortsbeschreibung. Als einige Delegierte seine Einfügung verlangten, wies der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht darauf hin, daß die Niedersachsen-CDU nach ihrem Programm von einem „christlich geprägten Bild des Menschen“ ausgehe. Das reiche aus, weil es eine „christliche“ Politik nicht geben könne, da der Anspruch zu hoch sei, um ihn durch Politik verwirklichen zu können.

Albrecht, der häufig in die Diskussion eingriff, nahm auch grundsätzlich Stellung zu den aktuellen Jugendproblemen. Er rief dazu auf, der jungen Generation früher als bisher Aufgaben und Verantwortung zu übertragen. Als eine der Ursachen der Unruhe der Jugend nannte er, daß die Überflußgesellschaft junge Menschen zu lange in der voll alimentierten Rolle der Lernenden und nur Aufnehmenden lasse. Es sei aber notwendig, der Jugend das Gefühl zu geben, daß sie gebraucht und gefordert werde.

Der niedersächsische Ministerpräsident nannte es in diesem Zusammenhang auch einen Skandal, daß Hunderte von Wohnungen leer ständen, obschon alleinthalben Wohnraum gesucht werde. Spezielle Vorwürfe erhob Albrecht dabei insbesondere auch gegen städtische Wohnungsbaugesellschaften, die viel mehr als private Spekulanten das Problem leerstehenden Wohnraums zu verantworten hätten. Albrecht bedauerte, daß die Gründe für die seit dem Ende der sechziger Jahre andauernde Unruhe der Jugend bisher nicht wissenschaftlich erforscht worden seien.

Auf die jüngsten Demonstrationen eingehend, sagte er, daß Recht Recht bleiben müsse. Entschieden warnte er auch davor, aus Furcht vor möglichem unverhältnismäßigem Auftreten Gesetze überhaupt nicht mehr anzuwenden.

In dem neuen Programm bestimmt die

Niedersachsen-CDU ihre künftigen Zielvorstellungen, die auch orientiert sind an ihren Erfahrungen als Regierungspartei. Eindeutig spricht sich der niedersächsische Landesverband dabei für die friedliche Nutzung der Kernenergie aus, weil kein Weg an diesem Energieträger vorbeiführe. Im Programm wird erklärt, daß Niedersachsen nach wie vor „als Standort für eine Wiederaufbereitung oder eine entsprechende Alternative zur Wiederaufbereitung“ von Atommüll in Frage komme.

Völlig neu formuliert wurde auch ein Kapitel für die Frauen. Darin heißt es u. a., Frauen sollten frei entscheiden, ob sie ihre Lebensaufgabe in der Familie, im Beruf oder in einer Verbindung beider Bereiche finden wollen. Diese Wahlfreiheit sei der eigentliche Inhalt der Gleichberechtigung. Sie setze aber vor allem Chancengerechtigkeit in der Partnerschaft zwischen Mann und Frau voraus.

Ausführlich diskutiert wurde der umstrittene Punkt, ob es künftig auch 18jährigen gestattet sein solle, sich in kommunale Parlamente wählen zu lassen. Nach gründlicher Diskussion hatte die Antragskommission für diese Herabsetzung des passiven Wahlalters plädiert. Gegen diese Forderung wandten sich vor allem Ernst Albrecht und der Landtagsabgeordnete Ernst-Henning Jahn. Für die Senkung sprach der JU-Vorsitzende Hartmut Büttner und der Innenminister Egbert Möcklinghoff. Albrecht betonte, 18jährigen fehle es noch an der nötigen Erfahrung, um Verantwortung zu übernehmen. Büttner hingegen forderte eine mutige Entscheidung, nachdem 18jährige zwar bereits fürs Europaparlament und den Bundestag, aber nicht für einen Ortsrat kandidieren könnten. Nach gründlicher

Diskussion folgte der Parteitag dieser Argumentation und entschied sich mit großer Mehrheit für die Senkung.

Abgelehnt wurde in der Debatte die Errichtung eines Ministeriums für Umweltschutz. Gleichwohl wird dem Umweltschutz mit einem eigenen Kapitel im Programm ein hoher Stellenwert eingeräumt.

Ebenfalls abgelehnt wurde ein Vorschlag zur Änderung der Kommunalverfassung, der die Abschaffung der Zweigleisigkeit in der Verwaltungsspitze und die direkte Wahl von Bürgermeistern und Landräten durch die Bürger zum Ziel hatte.

Schließlich wurde auch die vor dem Parteitag wiederholt geäußerte Forderung nach einer Verschärfung des Demonstrationsrechts, mit der auch ein Verbot der Vermummung gekoppelt werden sollte, verworfen. Nach heißer nächtlicher Debatte in der Antragskommission wurde statt dessen ein Entschließungsantrag vorgelegt, in dem die Eskalation der Gewalt bei Demonstrationen verurteilt wird. Er wurde einstimmig verabschiedet.

Insgesamt enthält das neuformulierte Programm künftig zwei Hauptteile mit zusammen 14 Kapiteln. Sie lauten u. a.:

Wir stellen uns in den Dienst am Bürger / Wir stellen die Familie obenan / Chancengerechtigkeit für die Frau / Wir schaffen die Grundlagen für sichere Arbeitsplätze / Sichere Energieversorgung / Wir sorgen für eine lebenswerte Umwelt / Wir wollen besser und gesünder leben / Wir bringen neues Leben in unsere Städte / Wir geben dem ländlichen Raum gleiche Chancen / Wir dienen der Gesundheit / Wir bekennen uns zum Dienst am Nächsten / Wir verwirklichen das Grundrecht auf Bildung.

Zur Sache:

Die Steuerscheichs vom Rhein SPD und FDP zwingen die Autofahrer zur Kasse

Jeder, der zum Tanken fährt, spürt es am eigenen Geldbeutel. Ab 1. April (und das ist kein Aprilscherz) hat die SPD/FDP-Koalition die Mineralölsteuer für Benzin um 7 Pfennige je Liter und für Dieselöl um 3 Pfennige je Liter erhöht. Die Mehrwertsteuer eingerechnet, ist der Benzinpreis damit um 8 Pfennige je Liter gestiegen. Das ist Beutelschneiderei.

Doch damit nicht genug. SPD und FDP haben zusätzlich vereinbart, die Kraftfahrzeugsteuer auf die Mineralölsteuer umzulegen. Das würde bedeuten: Der Benzinpreis steigt um weitere 14 Pfennige je Liter.

Das ist arbeitnehmerfeindlich und außerdem volkswirtschaftlicher Unsinn. Sachverständige, Verbände und Gewerkschaften bestätigen dies einmütig.

Gerade die Arbeitnehmer, die sich durch eine hohe Mobilität auszeichnen und in ländlichen Gebieten wohnen, sind auf das Auto angewiesen; sie brauchen es, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Deshalb treffen die von SPD und FDP beschlossenen Maßnahmen die Arbeitnehmer besonders hart.

Dazu Helmut Kohl: Die Mineralölsteuererhöhung ist ein Skandal. Sie beweist erneut, daß Sozialisten nicht mit dem Geld der Bürger umgehen können. Eine Erhöhung der Kilometerpauschale für Arbeitnehmer ist unausweichlich. Dem Arbeitnehmer muß so unbürokratisch wie möglich geholfen werden. Die CDU wird in dieser Sache die Initiative ergreifen.

Für einen Arbeitnehmer, der für die Fahrt zur Arbeit auf das Auto angewiesen ist,

- der 30.000 km im Jahr fährt
- dessen Auto 9 ltr. auf 100 km braucht
bedeutet das nach Abzug der dann entfallenden Kraftfahrzeugsteuer von z. B. DM 144,-/Jahr
eine Mehrbelastung von DM 450,-/Jahr.

Die deutsche Volkswirtschaft wird damit in einer ohnehin schlechten Wirtschaftslage zusätzlich gebremst. Betroffen sind vor allem die Autoindustrie und ihre Zulieferbetriebe mit Millionen von Arbeitsplätzen. Wir alle wissen: Wenn es der deutschen Autoindustrie schlecht geht, stehen für unsere ganze Volkswirtschaft die Zeichen auf Sturm.

Die SPD/FDP-Koalition behauptet, die Mineralölsteuererhöhung sei notwendig, damit Energie gespart werde. Das ist Unsinn. Die deutschen Autofahrer sind auch ohne den Finanzknüppel energiebewußt geworden. In Wirklichkeit will die Regierung nur das Loch in der Staatskasse stopfen.

CDU


UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELENDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Der Kanzler als Papier tiger

Ein paar tausend Tonnen Fisch werden vielleicht eines Tages von Historikern als Anlaß für das Auseinanderbrechen der Europäischen Gemeinschaft genannt werden. Und wir, frei nach Goethe, können sagen, wir sind dabei gewesen.

Das Schauspiel, das Europas zehn Regierungschefs unter flatternden Fahnen und im historischen Rahmen des Rathauses von Maastricht geboten haben, ist makaber und bestätigt, was vor knapp 200 Jahren der britische Denker Doktor Johnson bemerkte. Daß nämlich viele „Worte mit Gedanken verwechseln“.

Da ist beispielsweise die Rede von der Solidarität, die die zehn Staaten der EG untereinander empfinden sollten. Bundeskanzler Schmidt hat es in Maastricht am Ratstisch erneut gebraucht. Die Frage ist erlaubt, ob der Mann, der seine Kollegen jahrelang als selbsternannter Chefökonom generiert hatte, solche moralischen Kategorien aus reiner Ratlosigkeit oder aus politischer Naivität als opportun empfindet.

Die zehn europäischen Staaten der EG gehören dem Verein nämlich nicht an, weil sie sich alle einem von ihren Repräsentanten immer wieder beschworenen europäischen Erbe verpflichtet fühlen. Sie wollen vor allem mehr aus der Gemeinschaft herausholen, als sie in den Club einbringen.

Das gilt für Frankreich wie für Italien, das gilt für die Deutschen, und das gilt vor allem für die Briten. Als sich Bonn im letzten Sommer bereit erklärte, mit rund 2,5 Milliarden Mark die Beitragslast Londons zu erleichtern, war das für Margaret Thatcher die Bestätigung, daß man nur die besseren Nerven haben muß, um letztlich des Erfolges sicher sein zu können.

Der deutsche Kanzler hat sich auch diesmal als Papier tiger erwiesen. Drei Tage vor dem Maastrichter Gipfel hatten die Bonner nämlich der Welt versichert, diesmal werden die Briten nicht mit ihrer Gangart durchkommen. Schmidt werde sich in der europäischen Runde als „Eiserner Kanzler“ erweisen. Nach Tisch, im Rathaus von Maastricht, las man es anders. Der Kanzler wisch dem Schlagabtausch mit der Lady aus London wieder einmal aus.

Von den Historikern, die nach dem Anlaß für das Auseinanderbrechen der Gemeinschaft suchen werden, muß sich Bonn die Mitschuld am Scheitern eines wohlgemeinten Versuches vorwerfen lassen.

„Wirtschaftswoche“ 26. 3. 1981

Union In Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.